

Stand: 04.02.2026 05:18:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3601

"1.000 Euro Bürgergeld-Prämie - Nein zur Anschubfinanzierung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3601 vom 15.10.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3633 vom 16.10.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Andreas Schalk, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnottz, Sascha Schnürer, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub, Steffen Vogel, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)

1.000 Euro Bürgergeld-Prämie – Nein zur Anschubfinanzierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Entschluss einer 1.000 Euro-Prämie für Langzeitarbeitslose, welche eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit finden und ein Jahr lang ausüben, revidiert wird.

Begründung:

Der Bund hat Änderungen bei den Regeln für Bürgergeldempfänger vorgenommen, in denen die Anschubfinanzierung beschlossen wurde. Langzeitarbeitslose, die mehr als zwölf Monate in einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit beschäftigt sind, sollen einmalig 1 000 Euro erhalten können.

Mit dieser Prämie zeigt die Ampel, dass die Anreize an sich eines Wechsels vom leistungsfeindlichen Bürgergeld in die Arbeit nicht ausreichend sind. Es ist ein weiteres Indiz, wie desolat das Bürgergeld aufgestellt ist, wenn politisch ständig daran justiert werden muss.

Mit dieser vorgeschlagenen Prämie wird nicht nur finanziell eine Bürde aufgebaut, sondern sie ist auch ein Schlag in das Gesicht der arbeitenden Bevölkerung. Denn sie sind diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen und mit ihren Steuern und Abgaben das Sozialsystem überhaupt erst ermöglichen. Die arbeitenden Bürger haben einen Anspruch darauf, vom Verdienst ihrer Arbeit zu profitieren. Es braucht Anreize, die zeigen, dass sich Mehrarbeit lohnt. Diese Mehrarbeit und die sich hieraus ergebene Steuerlast darf nicht auf jene Menschen umgelagert werden, welche sich die Mühe machen, schnellstmöglich einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.

Anstatt Prämien und anderen Verzweiflungsmaßnahmen, müssen die Anreize des Bürgergeldes beseitigt werden, da sonst Arbeit und Fleiß weiterhin finanziell schlichtweg unattraktiv bleiben.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Andreas Schalk, Dr. Stefan Ebner, Martina Gießübel, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub, Steffen Vogel, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)

Drs. 19/3601

1.000 Euro Bürgergeld-Prämie – Nein zur Anschubfinanzierung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Entschluss einer 1.000 Euro-Prämie für Langzeitarbeitslose, welche eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit finden und ein Jahr lang ausüben, revidiert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher
V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Felix Locke

Abg. Franz Schmid

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Franc Dierl

Abg. Melanie Huml

Abg. Katja Weitzel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU)

1.000 Euro Bürgergeld-Prämie - Nein zur Anschubfinanzierung (Drs. 19/3601)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Felix Locke das Wort.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Marketingabteilung der Destabilisierung der Wirtschaft und des Wohlstands in Berlin hat wieder zugeschlagen. Nach dem ersten Hit, nämlich der Steuererleichterung für Einwanderer, jetzt der zweite Rohrkrepierer, nämlich die 1.000 Euro Prämie für Langzeitarbeitslose.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Ampel-Parteien, das kann doch wirklich nicht euer Ernst sein. Habt ihr keinen Bock mehr auf Regieren in Berlin, oder was denkt ihr euch eigentlich bei diesen Maßnahmen? Ich weiß, es gibt jetzt auch schon Bestrebungen innerhalb der Regierungsfraktionen in Berlin, wieder umzukehren, aber unter dem Strich muss man doch erst einmal sagen: Die 1.000 Euro Prämie sind ein blander Hohn für all jene, die täglich arbeiten und für unser Sozialsystem arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das zeigt doch genau, dass wir wieder einmal eine Spießrute im Bürgergeld haben, die genau beweist, dass sich Arbeit heutzutage nicht mehr lohnt. Jetzt haben wir schon das Problem, dass besonders in den niedrigen Einkommenssektoren jemand in Arbeit beim Einkommen nicht viel besser gestellt ist als jemand, der Bürgergeld kassiert. Jetzt haben wir noch diese zusätzliche Situation, dass wir denjenigen, die lange genug zu Hause waren, ein Jahr lang schon Bürgergeld und Arbeitslosengeld kassiert

haben, jetzt auch noch satt 1.000 Euro Prämie zukommen lassen. Das kann doch nicht der politische Ansatz, das kann doch nicht der politische Wille sein, wie wir unseren Sozialstaat aufbauen. Das ist doch leistungsfeindlich.

Wir müssen als Politiker doch positive Botschaften senden. Wir müssen doch sagen, dass sich Arbeit lohnt und dass Arbeit kein Selbstzweck ist, sondern dass die Arbeit an sich einen Wert schafft. Wir müssen wieder Bock auf Leistung in unser Land bringen und nicht diejenigen belohnen, die eigentlich nur den faulen Lenz machen, zu Hause sind, und dann als letzte Alternative versuchen, sie mit 1.000 Euro Prämie zu locken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man kann sich heutzutage schon überlegen: Warum soll ich denn überhaupt noch arbeiten? Welche Gründe liefert die Bundespolitik einem Arbeitslosen, wirklich zu arbeiten? Ich bekomme eine Wohnung, mir werden die Heizkosten gezahlt, ich kann mich auf den Sozialstaat verlassen; denn die sozialgetriebene Politik der Ampel führt ja dazu, dass ich immer wieder bessergestellt werde. Wenn ich nur lange genug warte, sind es vielleicht nicht 1.000 Euro, dann sind es irgendwann 2.000 Euro oder 3.000 Euro oder irgendetwas, was die Marketingabteilung noch erfindet.

Wir müssen doch endlich wieder dazu kommen, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass sich Arbeit in unserem Sozialstaat lohnt und dass Arbeit eben ein Teil des Solidarprinzips ist. Die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in unser Sozialsystem. Wenn wir es nicht schaffen, dass unser Sozialsystem, die Renten und auch die Krankenkassenbeiträge auf stabile Ebenen kommen, destabilisieren wir unseren Staat noch mehr. Dazu führt auch, dass wir Arbeit eben nicht mehr honorieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was sind die Antworten, die wir jetzt von der Regierung in Berlin verlangen? – Arbeit und Fleiß müssen in unserer Gesellschaft endlich wieder an erster Stelle stehen. Das

bedeutet auch, dass wir den Steuerfreibetrag erhöhen müssen. Das ist doch der Netto-Turbo, den wir brauchen. Indem wir den Steuerfreibetrag auf 2.000 Euro erhöhen, haben wir genau dort den Ansatzpunkt, wo wir die niedrigen Löhne haben. Da brauchen wir nicht den Mindestlohn zu erhöhen, um dann noch mehr Unternehmen in schwierige Lagen zu bringen und noch mehr Unternehmen vielleicht ins Ausland zu treiben. Nein, wir dürfen nicht den Fehler machen, den die SPD seit Jahren macht, die Unternehmen immer weiter zu gängeln, sondern wir müssen die Bürgerinnen und Bürger wirklich beim Nettoeinkommen stärken. Deswegen brauchen wir eine Anhebung des Steuerfreibetrags auf 2.000 Euro. Damit haben wir wirklich den Ansatz, dass wir einen deutlichen Unterschied zwischen denjenigen Bürgern, die Bürgergeld empfangen, und denjenigen, die arbeiten, schaffen. Das ist ein Entlastungsprogramm für die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zusätzlich müssen wir Überstunden steuerfrei stellen. Das ist doch auch ein Anreiz, wieder zu arbeiten, wenn ich weiß, ich arbeite 40 Stunden und kann noch zusätzlich in der Gastronomie oder für mein Unternehmen ein paar Stunden extra machen, wenn die Produktion gerade brummt, und das Geld fast brutto wie netto auf mein Konto überwiesen bekommen. Das sind doch Ansätze und Akzente, die den Bürgerinnen und Bürgern wieder zeigen: Fleiß und Arbeit werden in unserer Gesellschaft honoriert. Aber wir schauen nur nach denjenigen, die faul sind. Wir belohnen diejenigen, die nichts machen. Am Ende bestrafen wir diejenigen, die unseren Wohlstand und unser Sozialsystem aufrechterhalten, nämlich die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich einmal die SPD als gesellschaftliche Gruppe, für die sie sich einsetzt, auf die Fahnen geschrieben hat. Das vermisste ich, das tut mir weh.

Deswegen bitte ich die Funktionäre der Ampel und diejenigen, die zu diesem Tagesordnungspunkt reden: Machen wir nicht den Fehler, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass Fleiß und Arbeit etwas Schlechtes sind.

(Zuruf: Das macht ja keiner!)

Unsere Gesellschaft ist durch Fleiß und engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgebaut worden. Ich persönlich habe große Angst, dass wir den Wohlstand, den die Generationen vor uns erarbeitet haben, innerhalb von wenigen Jahren vernichten, wenn wir so weitermachen. Deshalb sagen wir Nein zu 1.000 Euro Prämie für Langzeitarbeitslose. Wir brauchen Steuerentlastungen. Wir müssen Mut machen, wir müssen Bock machen auf Arbeit. Ich bitte um breite Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Franz Schmid.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es bedarf keiner umfangreichen Statistiken oder Fachgespräche, um zu verstehen, dass die geplante Anschubfinanzierung in Höhe von 1.000 Euro ein Unding ist. Der gesunde Menschenverstand reicht aus, um zu erkennen, dass dies nicht gerechtfertigt ist. Wie will die Bundesregierung einer hart arbeitenden Bevölkerung diese Politik noch ernsthaft erklären? Was sagt man den 3,4 Millionen Menschen in Deutschland, die trotz eines Vollzeitjobs netto weniger als 2.000 Euro verdienen? Statt auf das bewährte Prinzip "Fördern und Fordern" zu setzen, möchte die Ampelkoalition Langzeitarbeitslose belohnen. Das ist unbegreiflich. Das übertrifft wirklich jede Vorstellungskraft.

(Beifall bei der AfD)

Offensichtlich ist es mit dem gesunden Menschenverstand der Ampel nicht weit her. Statt Anreize für Bürgergeldempfänger zu reduzieren, verschenkt Berlin lieber nicht vorhandenes Geld. Die Ausgaben sind jetzt schon völlig außer Kontrolle geraten. Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Die ungebremste Masseneinwanderung in unsere soziale Hängematte hat eine Kostenexplosion beim Bürgergeld verursacht.

Schließlich sind zwei Drittel aller Bürgergeldempfänger, also 7 von 10, Ausländer oder haben einen Migrationshintergrund. Im vergangenen Jahr zahlte Deutschland 3,3 Milliarden Euro allein an minderjährige ausländische Bürgergeldempfänger. Damit floss mehr Bürgergeld an ausländische Unter-18-Jährige als an deutsche Minderjährige. Wenn das Jobcenter nicht einmal mehr stutzig wird, wenn eine bulgarische Großfamilie 17.000 bis 18.000 Euro Bürgergeld im Monat erhält oder Personen wie "Mr. Cash Money" mit 24 angeblichen Kindern jedes Jahr 1,5 Millionen Euro an deutschen Sozialleistungen erschleicht, dann ist die Grenze des Erträglichen längst erreicht.

Das alles wird noch durch die Erhöhung der Regelsätze verstärkt, was letztlich die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme weiter untergräbt. Will die Bundesregierung noch mehr Anreize zur Arbeitsverweigerung schaffen? – Das ist genau das Gegenteil dessen, was jetzt notwendig wäre.

Meine Damen und Herren, das Bürgergeld war von Anfang an ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung. An die CSU hier im Saal, die jetzt so tut, als hätte sie mit all dem nichts zu tun: Sie waren es, die der Erhöhung der Regelsätze zugestimmt haben. Bei Merkels Grenzöffnungen haben Sie ebenfalls tatenlos zugesehen. Sich jetzt als Retter der fleißigen Steuerzahler aufzuspielen, ist vermessen. Es ist höchste Zeit, dass wir handeln. Da hilft es nichts, in Bayern die Keule zu schwingen. Ihre Kollegen im Bundestag müssen endlich Fakten schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung und die Reduzierung aller unnötigen Ausgaben. Wir müssen soziale Migration beenden – kein Bürgergeld für Sozialtouristen. Senken wir die Steuern, damit sich Arbeit wieder lohnt. Gleichzeitig sollten genügend Mittel übrig bleiben für die Leute, die wirklich unverschuldet in Not geraten sind. Auf diese Weise hätten auch die Jobcenter wieder Zeit, sich um ihre Beratungstätigkeit zu kümmern, um Menschen schneller in Arbeit zu bringen, sodass es gar nicht zu Langzeitarbeitslosigkeit kommt.

Würden Sie und Ihre Kollegen Ihren Hass gegen die AfD endlich im Hinterzimmer ausleben und konstruktiv mit uns zusammenarbeiten, wären längst Reformen erfolgt, die es den Jobcentern wieder ermöglichen würden, ihrem eigentlichen Auftrag, nämlich die Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, nachzukommen.

In Bayern können wir die Alimentierung importierter Sozialfälle beenden. Herr Söder – leider ist er schon wieder weg –, setzen Sie endlich geltendes Recht um: Keine illegale Einwanderung an bayerischen Grenzen! 2.364 Abschiebungen im Jahr 2023 bei rund 30.000 Ausreisepflichtigen im Freistaat sind einfach zu wenig.

(Beifall bei der AfD)

Abschließend sei gesagt, dass der beste Garant, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, der Grundsatz ist: Wer arbeitet, muss deutlich mehr haben als jemand, der nicht arbeitet. Langzeitarbeitslosigkeit darf nicht auch noch belohnt werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag und hoffen, dass die Staatsregierung auf Bundesebene den nötigen Druck ausübt, um diesen fatalen Vorschlag zu revidieren. Das sind wir unseren Wählern und der arbeitenden Bevölkerung schuldig.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste hat Frau Kollegin Eva Lettenbauer das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wende mich direkt an den Kollegen Felix Locke. Wir arbeiten sehr gerne im Hinblick auf die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen mit Ihnen zusammen – genau das braucht es.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens zur restlichen Polemik: Wo soll diese Polemik hinführen? Sie wird ganz sicher kein einziges Problem lösen. Wenn Sie allgemein und pauschal über das Bürgergeld

sprechen, rechnen Sie den Leuten bitte richtig vor. Es lohnt sich zu arbeiten. Wer anderes verbreitet, schadet der Wirtschaft, den Betrieben und auch den Arbeitenden, die dringend Kolleginnen und Kollegen wollen und brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens hat Robert Habeck schon vor einigen Jahren betont, dass die Transferentzugsraten zu hoch sind. Bei Leuten, die ein geringes Einkommen haben und zusätzlich auf das Bürgergeld angewiesen sind, also bei den Aufstockern, kommt das Einkommen nicht komplett an. Alles über die Erwerbsfreibeträge hinaus wird abgezogen. Das war auch während der GroKo mit der CSU bei Hartz IV schon so. Genau deshalb ist es notwendig, an dieser Stelle genau hinzuschauen, damit es auch bei Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen gerechter wird, wenn sie mehr arbeiten. Das ist dringend notwendig.

Jetzt liegt ein Vorschlag aus dem BMAS vor. Darüber wird der Bundestag beraten. Ich bin mir sicher, dass das die richtige Herangehensweise ist, anstatt die Leute aufzuhetzen und jahrelang nichts zu tun. Man sollte Schritt für Schritt vorgehen. Der Vorschlag wird im Bundestag diskutiert werden.

Rund um das Paket zum Bürgergeld sind noch viele weitere Maßnahmen vorgesehen, um zur Arbeitsaufnahme zu motivieren. Beispielsweise kommen bei nicht angetretener zumutbarer Arbeit früher Leistungskürzungen. Es soll eine Zulassung von Zeitarbeit geben. Viele weitere konkrete Maßnahmen sind im gesamten Bürgergeldpaket enthalten. Es wird Stück für Stück an etwas gearbeitet, was seit Jahrzehnten nicht gelöst worden ist. Diese Entgeltproblematik wird jetzt angegangen. Deshalb würde ich erwarten, dass Sie als CSU und FREIE WÄHLER entweder einfach eine Bundesratsinitiative starten – das können Sie – oder Bundestagsanträge schreiben, wenn Sie im Bundestag sitzen. Kommen wir in Bayern doch endlich wieder zu einem bayerischen Thema, das Sie auf die Agenda setzen, anstatt Ablenkungsdebatten zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste hat Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Lassen Sie mich ein paar Fakten zum Bürgergeld sagen, um ein bisschen mit Pauschalverurteilungen aufzuräumen: Knapp 500.000 Menschen in Bayern beziehen Bürgergeld. Darunter sind ein Drittel Kinder. Hinzu kommt eine große Anzahl von Menschen, circa ein weiteres Drittel, die dem Arbeitsmarkt bereits zur Verfügung stehen, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht noch mehr arbeiten können. Darunter befinden sich sogenannte Aufstocker, also Menschen, die sehr wohl bereits arbeiten, aber mit ihrer Arbeit so wenig Einkommen erzielen, dass sie zusätzlich staatliche Unterstützung benötigen. Dazu zählen auch Menschen wie Alleinerziehende, die Sorgearbeit und Beruf nicht so gut unter einen Hut bringen können, weil sie beispielsweise nicht den passenden Kitaplatz finden.

(Arif Taşdelen (SPD): Exakt!)

Auch das sind Leistungsträger und -trägerinnen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Bravo!)

Unter den Beziehern sind ungefähr 90.000 Menschen aus der Ukraine, die ihr Heimatland verlassen mussten und vor dem Krieg zu uns geflohen sind. Man hat sich dafür entschieden, diese Menschen ins Bürgergeld zu nehmen, um die Kommunen zu entlasten – das hatte also gute Gründe – und um sie nach Möglichkeit sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Von den knapp 500.000 Bürgergeldempfänger:innen in Bayern bleibt also nur ein Drittel, die arbeitslos sind und prinzipiell arbeiten könnten. Aber auch von diesen verweigert nur eine kleine Minderheit die Arbeit sozusagen komplett, wenn wir von "komplett" sprechen wollen, ungefähr ein Prozent aller. Für die große Mehrheit dieses letzten Drittels liegt das Problem ganz woanders: Diese Menschen haben keinen Berufsab-

schluss, in vielen Fällen haben sie noch nicht einmal eine abgeschlossene Schulausbildung, und die meisten haben diverse gesundheitliche Probleme. Diese Menschen müssen entweder erst qualifiziert oder in irgendeiner Weise stabilisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist die Realität zu den Zahlen des Bürgergeldes.

Aber CSU und FREIE WÄHLER zeichnen seit Monaten mit Vorliebe ein anderes Bild, nämlich dass im Bürgergeld nur faule Menschen seien, das Bürgergeld viel zu hoch sei und quasi ein Leben fast in Saus und Braus ermöglicht und dass Menschen deswegen ihre Jobs kündigen würden, um ins Bürgergeld zu wechseln. Dabei gibt es hierfür überhaupt keine empirischen Beweise. Denn Fakt ist: Wer seinen Job kündigt, der bekommt erst einmal gar kein Bürgergeld.

Unser politisches Ziel, Kolleginnen und Kollegen, muss doch sein, die Menschen, die arbeiten können, in Arbeit zu bringen, und zwar in einen Job mit Perspektive. Wir müssen Menschen qualifizieren, umschulen und ertüchtigen und nicht von oben auf sie eintreten. Genau deshalb war die Umstellung auf das Bürgergeld von der Systematik her auch richtig. Mit der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs in irgendwelche Ein-Euro-Jobs und der Unterstützung bei der Weiterbildung wurden sehr wichtige Punkte verändert.

Seitdem – und das ist auch wichtig zu wissen – wechseln weniger Leute aus ihrem Job heraus ins Bürgergeld hinein, als das früher noch der Fall war. Der Job-Turbo funktioniert. Das sage nicht nur ich, sondern auch der Leiter der Agentur für Arbeit in Nürnberg und sogar unsere Sozialministerin. Wir können durchaus diskutieren, Kolleginnen und Kollegen, aber nicht polemisch, populistisch oder mit Schaum vor dem Mund und bitte schön, Herr Kollege, auch nicht zynisch, sondern sachlich.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das alles wird übrigens derzeit auch im Bundestag diskutiert. Das ist auch genau der Ort, wo diese Diskussionen eigentlich hingehören. Ich finde, wir in Bayern sollten uns dagegen darauf konzentrieren, liebe FREIE WÄHLER und CSU, herauszufinden, wie wir den Menschen hier im Land auf Landesebene besser helfen können, wie wir es schaffen können, dass nicht über 6.000 junge Menschen in Bayern die Schule ohne Abschluss verlassen, wie wir verhindern können, dass Alleinerziehende aufstocken müssen, Kolleginnen und Kollegen, wie sie den passenden Betreuungsplatz für ihr Kindergarten- oder Schulkind finden, wie wir für gut bezahlte Arbeit in Bayern sorgen können, damit Menschen nicht zum Amt müssen, und wie wir Tarifbindung stärken können für mehr sichere Jobs und vor allem für mehr gute Löhne.

(Beifall bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Richtig!)

Das sind Debatten, die wir hier in Bayern im Plenum führen sollten! Ihr Dringlichkeitsantrag trägt dazu null Komma null bei. Das ist ein Grund, warum wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Frau Kollegin. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Felix Locke.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Liebe Frau Rauscher, es hat natürlich seine Berechtigung, dass wir auch hier in Bayern darüber sprechen; denn die Ampel-Politik destabilisiert unser Land so stark, dass wir diese Themen auch hier im Parlament diskutieren müssen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auch nicht, dass Sie uns hier jetzt hier so hinstellen, als ob wir generell gegen Sozialhilfeempfänger stehen würden. Das ist nämlich nicht mit den Werten der FREIEN WÄHLER vereinbar. Ich hätte mich eher gefreut, wenn Sie sich, anstatt diese Seitenhiebe rhetorischer Art gegen uns auszuteilen, zumindest mit dem Inhalt des

Dringlichkeitsantrags auseinandergesetzt hätten; denn Sie haben jetzt ein schönes Koreferat über die Wichtigkeit von Bürgergeld gehalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich frage Sie konkret: Was halten Sie von den 1.000 Euro für Langzeitarbeitslose? Dazu haben Sie jetzt in Ihrer Wortmeldung keinen einzigen Satz gesagt. Konkrete Frage. Antwort: ja oder nein?

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege, zum einen:

(Keckes Lachen des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

– Sie sind mir ja einer!

(Heiterkeit bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

– Sie sind ja Meister darin, Nicht-Antworten zu geben auf Nachfragen der Oppositionsfraktionen.

Zum anderen haben Sie heute mit Ihrem Zynismus, wie ich es zumindest empfunden habe, wieder zum Besten gegeben, dass Sie immer wieder die Bürgergelddebatte nutzen, um die Ampel in ein schlechtes Licht zu rücken. Das dient weder der Sache noch den Menschen, die Bürgergeld beziehen. Das sind nämlich nicht lauter Menschen, die irgendwie in der Hängematte liegen. Da geht es um Respekt vor den Bürgergeldbeziehern. Den vermisste ich bei Ihnen in jeder Plenardebatte.

Wissen Sie was? Hätten Sie die Presse gelesen, wären Sie auf dem aktuellen Stand zu der Debatte um die 1.000 Euro auf Bundesebene. Aus meiner Sicht ist es nämlich gar keine Debatte mehr. Das Thema ist doch schon längst vom Tisch. Guten Morgen, liebe FREIE WÄHLER!

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Warum denn? – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann stimmen Sie unserem Antrag zu, oder?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, Frau Rauscher. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung: des Kollegen Franc Dierl.

Franc Dierl (CSU): Verehrte Frau Kollegin Rauscher, Sie haben gerade in Ihrer Rede das hervorragende Sozialsystem herausgestellt, auf das wir alle in Deutschland zu Recht stolz sind. Wir haben ein Netz, das unter normalen Bedingungen eigentlich keinen durchfallen lässt. Das haben Sie alles wohlklingend erklärt. Dazu stehen wir, glaube ich, im Hohen Haus alle. Das ist etwas, was wir sozialpolitisch gesehen zu Recht vor uns hertragen können.

Sie haben auch geschildert, dass die Chefs der Arbeitsagentur stolz darauf wären, wie es läuft. Ich habe eine andere Wahrnehmung. Draußen bei den Jobcentern – ich führe viele Gespräche und höre das reihenweise – sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Das mit dem Bürgergeld läuft nicht wie geplant. So wollen wir hier nicht arbeiten. Das ist nicht das, was wir vertreten können. Wir haben Probleme damit. – Das sind die Menschen an der Basis, die das abwickeln mit den Menschen, die Bürgergeld in Anspruch nehmen. Wie sehen Sie denn das? Das müssen Sie als Abgeordnete doch auch mitkriegen. Da schlagen bei Ihnen doch auch die Menschen auf, die das bearbeiten müssen. Sind die bei Ihnen alle frohlockend und sagen: Jawohl, das sind die segensreichen Entscheidungen der Ampel-Regierung, da freuen wir uns darüber.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit!

Franc Dierl (CSU): Sie müssen das an der Basis doch auch hören. Da bitte ich um eine Antwort von Ihnen.

Doris Rauscher (SPD): Zum einen waren Ihre Parteien bei bisherigen Beschlüssen auf Bundesebene auch in Regierungsverantwortung.

Zum anderen, Herr Kollege, ist mir wichtig, zu betonen, dass hier im Haus der Ton die Musik macht. Der Ton gefällt mir bezüglich der Bürgergelddebatte ganz und gar nicht, und zwar schon länger nicht. Deshalb fand ich diesen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU heute eine schöne Gelegenheit, mal ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

Auch ich führe natürlich Gespräche. Es ist nicht immer leicht. Einige Maßnahmen werden äußerst gelobt, zum Beispiel die Möglichkeit der Weiterqualifizierungen, damit Menschen länger im Job bleiben und weniger aus dem Job ins Bürgergeld zurückkehren. Das kann man auch empirisch nachweisen.

Die Sanktionsmöglichkeiten für das eine Prozent der Bürgergeldbezieher, die quasi gar nicht wollen, um das mal so kurz zu formulieren, wurden angepasst. Das sollten Sie auch wissen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste hat die Kollegin Melanie Huml das Wort.

Melanie Huml (CSU): Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir von der Kollegin Rauscher einiges darüber gehört, wie wir am besten über das Bürgergeld reden sollten. Aber ich muss dem Kollegen Locke völlig zustimmen, dass wir von den Oppositionskolleginnen und -kollegen sehr wenig über die 1.000 Euro Bürgergeld-Prämie, um die es im Antrag geht, gehört haben.

(Arif Taşdelen (SPD): Das ist doch vom Tisch, Frau Kollegin!)

Wir haben deshalb sehr wenig gehört, weil die Bürgergeld-Prämie ein Schlag ins Gesicht für diejenigen ist, die arbeiten, und für diejenigen, die leider nicht arbeiten können. Damit stellen Sie nämlich im Grunde genommen alle Bürgergeldempfänger unter den Generalverdacht der Faulheit – das möchte ich einmal so deutlich sagen. Sie

haben selbst die Anreize dafür erhöht. Das ist doch Irrsinn allererster Güte. Das muss man doch an diesem Rednerpult so benennen dürfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist doch planloses Herumexperimentieren auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, und das leider nicht zum ersten Mal. Man könnte jetzt eine lange Liste aufzählen. Aber heute geht es erst einmal nur um das neueste Beispiel, und zwar um das Bürgergeld und diese Prämie. Sogar der Bundeskanzler gibt zu, dass Deutschlands Bürgerinnen und Bürger zu Versuchskaninchen degradiert werden. Olaf Scholz hat nämlich in einer Sendung von "RTL Direkt Spezial" am 8. Oktober sinngemäß gesagt: Vielleicht nützt die Prämie, vielleicht nicht. – Übersetzt heißt das: Schauen wir mal. – Immerhin, so glaubt der Kanzler, schadet die Prämie nicht. Wenn ein "schadet nicht" das Beste ist, was unsere Bundesregierung für die Bürgerinnen und Bürger zustande bringt, dann gute Nacht Deutschland!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): Ja!)

Abgesehen davon halte ich die Bürgergeld-Prämie sehr wohl für schädlich. Sie ist nämlich eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für den Solidaritäts- pakt, auf dem unser Sozialsystem fußt;

(Arif Taşdelen (SPD): Aber die ist doch vom Tisch, Frau Kollegin!)

denn diejenigen, die arbeiten können, unterstützen diejenigen, die es eben nicht können. Das ist doch der zentrale Pfeiler unseres Sozialsystems. Die CSU pocht deshalb immer wieder darauf, die Leistungsträger zu unterstützen. Unser Grundsatz ist fördern und fordern. Nur zu fördern und auf das Beste zu hoffen, klappt eben nicht.

Wenn man darüber nachdenkt, so etwas wie die Prämie einzuführen, muss man sich auch überlegen, welche fehlleitende Anreize man eventuell zuvor gegeben hat. Das kritisieren wir am Bürgergeld. Arbeit muss sich lohnen! Leistung muss sich lohnen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als CSU betonen dies stets und handeln in der Regierungsverantwortung danach. Wohin es führt, wenn das Grundprinzip des Sozialstaates eben nicht mehr verfolgt wird, sehen wir bei der Ampel-Regierung in Berlin. Ich bin zwar Sozialpolitikerin, aber ich weiß auch, dass in einem Sozialstaat jeder Euro, den wir ausgeben, zuvor erwirtschaftet werden muss. Diesen Part vergessen manche einfach immer wieder. Deshalb möchte ich heute darauf noch einmal hinweisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen Leistungsträger! Woher soll das Geld für unseren Sozialstaat denn sonst kommen? Die Mittel müssen zuallererst erwirtschaftet werden, um dann sozial handeln zu können. Es gibt Menschen, die brauchen unsere Unterstützung, die können nicht arbeiten, die sind eben in prekären Situationen. Wir wollen diejenigen unterstützen; aber wir brauchen eben auch die Leistungsträger, die arbeitende Bevölkerung. Dazu sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft notwendig. Da sollten wir vielleicht einmal anfangen. Bevor wir an eine Bürgergeld-Prämie denken, sollten wir doch lieber die Wirtschaft und die arbeitende Bevölkerung unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist doch logisch. Das verstehen doch schon unsere Kinder. In der aktuellen Ampel-Bundesregierung in Berlin kommt diese Erkenntnis – so hat man den Eindruck – auch nach und nach durch, aber eben erst nach und nach. Das ist traurig. Statt Fehler zuzugeben und Stellschrauben zurückzudrehen, werden wieder Ideen an den Tag gelegt wie diese Bürgergeld-Prämie. Ich bin der Auffassung, dass das keine Lösung ist, sondern ein neues Problem. Lassen Sie uns doch das Bürgergeld insgesamt auf den Prüfstand stellen, anstatt immer wieder mit neuen Ideen herumzudoktern.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Einführung dieser Prämie führt bei vielen Menschen zu fassungslosen Fragen: Was ist das denn? Stimmen aus der Be-

völkerung, die man in den Zeitungen lesen konnte, gingen von: "Das ist eine Frechheit" und "Die spinnen doch" bis hin zu "Das Geld kann sinnvoller eingesetzt und verwendet werden". Die Prämie führt auch dazu, dass immer mehr Menschen, die nicht arbeiten gehen, weil der Anreiz vom Staat für das Nichtstun so groß ist, nicht arbeiten wollen. Sie fehlen dann in der Wirtschaft. Ganz viele Menschen empfinden das als ungerecht. Diese Ungerechtigkeit führt wiederum zu Unzufriedenheit. Menschen wenden sich dann vermehrt Populisten mit scheinbar einfachen Lösungen zu, auch wenn diese ihre Versprechen nicht einhalten können. Die Prämie ist Wasser auf die Mühlen dieser Populisten. Deswegen halte ich sie wirklich für gefährlich. Deswegen wünsche ich mir, dass sie gar nicht umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darum geht es in unserem Antrag heute. Wenn man sieht, welche Stimmen es in den verschiedenen Fraktionen im Bund gibt, merkt man, dass auch dort einige Kollegen bereits aufgewacht sind. Wir wollen sie mit diesem Antrag unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meidung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Katja Weitzel, SPD-Fraktion, vor.

Katja Weitzel (SPD): Frau Kollegin Huml, einmal kommt immer wieder zum Ausdruck, dass dieser Prämie bereits zugestimmt wurde. Die Kollegin Rauscher hat dies in ihrer Rede schon deutlich gemacht.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann können Sie ja zustimmen!)

Ihr Antrag hat sich für mich durch faktisches Handeln erledigt, weil das nicht zustimmungsfähig ist. Im Übrigen ist es kein sozialdemokratisches Projekt – das möchte ich nur einmal anmerken. Nichtsdestoweniger habe ich auch in Ihrer Rede immer wieder gehört: "Das Bürgergeld ist falsch", "Das Bürgergeld muss überdacht werden", "Das Bürgergeld geht in die völlig falsche Richtung".

(Widerspruch bei der CSU)

– Das war eben Ihr Satz. Man hört, Menschen hätten gekündigt, um Bürgergeld zu empfangen. Wenn ich nach Kontakten zu diesen Menschen frage, zeigt sich, es gibt diese nicht. Ich würde mit diesen Menschen wirklich gerne reden. Jetzt spreche ich einmal nicht als Politikerin, sondern als Fachanwältin für Sozialrecht, die täglich in der praktischen Arbeit mit diesen Menschen zu tun hat. Ich kenne niemanden. Ich hatte noch nie so einen Fall in meiner Kanzlei.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Warum unterhalten wir uns nicht eher darüber, dass es viele Menschen gibt, die so verdammt wenig Geld verdienen, dass sie aufstocken müssen. Das finde ich eigentlich beschämend. Darüber müsste man viel mehr sprechen, als immer wieder über die Frage, ob das Bürgergeld Sinn macht oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Melanie Huml (CSU): Das Bürgergeld setzt einfach die falschen Anreize. Darüber müssen wir uns doch unterhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der SPD)

Darüber muss man doch ehrlich reden dürfen. Da nutzt es auch nichts, mit irgendwelchen Prämien herumzudoktern. Das alles muss grundlegend auf den Prüfstand. Dafür gibt es etliche Vorschläge der CSU. Ich würde mir wünschen, dass wir diese diskutieren und nicht irgendwelche Prämien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/3601 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.